

I.

Europa nach der Revolution

„Seid Ihr verrückt geworden, Berliner? Laßt die Toten ruhen! Geht zu Klausung und trinkt Eure Weiße!“ Mit diesen Worten appellierte der *Kladderadatsch*, eine satirische Zeitschrift, die seit 1848 in Berlin erschien, am 18. März 1849 an die Bewohner der preußischen Hauptstadt. Der ironischen Empfehlung folgte die nicht minder sarkastische Aufforderung: „Geht ans Schloß und guckt durch die Gitter nach dem Staatsschatz! ... Studiert im Kladderadatsch die Feldzüge des großen Generals Wrangel und singt dazu das schöne Lied ‚Nun ruhen alle Wälder‘.“ Die Ereignisse, auf die sich diese Ratschläge bezogen, lagen auf den Tag genau ein Jahr zurück: die revolutionären Erhebungen vom März 1848, die überall in Deutschland und Europa große Hoffnungen unter Liberalen, Demokraten und Republikanern geweckt hatten. Doch inzwischen war manches anders geworden. Das Rad der Geschichte schien zurückgedreht – nicht zuletzt in Preußen, wo die Revolution sich durch die Uneinigkeit und Zögerlichkeit ihrer Anhänger im Grunde selbst besiegt hatte. Die Truppen des Generalfeldmarschalls Friedrich Wrangel hatten nur den Rest besorgt. Im Sommer 1848 war Wrangel noch so etwas wie ein deutscher Nationalheld gewesen, als er mit einer Bundesarmee, die seinem Oberbefehl unterstand, die Dänen aus Schleswig vertrieben hatte. Doch im November 1848 hatte er die preußische Nationalversammlung gesprengt, König Friedrich Wilhelm IV. zu neuer Stärke verholfen und damit der Revolution den Todesstoß versetzt. Und wie in Preußen, so stieß die revolutionäre Bewegung bald überall in Europa auf Widerstand. Der „europäische Völkerfrühling“, der in den ersten Monaten des Jahres 1848 so hoffnungsvoll begonnen hatte, wich einer Ära der Reaktion.

1. Der Sieg der Reaktion

a) Das Scheitern der demokratischen Erhebungen

Gemeinsam war der Revolution in den verschiedenen europäischen Ländern die Tatsache, daß sie aus komplexen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen resultierte, die seit dem Ende des 18. Jahrhunderts mit der Industrialisierung und der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft einhergegangen waren. Schon die amerikanische Unabhängigkeitserklärung von

Europa nach der Revolution

1776 und die Französische Revolution von 1789 hatten gezeigt, welche dramatischen Umwälzungen sich daraus ergeben konnten, daß nicht nur die Idee der Stellung des Individuums in Staat und Gesellschaft, sondern auch die ökonomischen und sozialen Bedingungen politischer Herrschaft einem grundlegenden Wandel unterworfen waren. Die Einführung der Republik in den britischen Territorien in Nordamerika und die Durchsetzung der Forderungen des „Dritten Standes“ in Frankreich bedeuteten somit den Anfang vom Ende des Absolutismus und die schrittweise Übernahme der Macht durch das Bürgertum sowie die allmähliche Einführung der parlamentarischen Demokratie.

In England hatte sich dieser Prozeß schleichend, über viele Jahrhunderte hinweg, bereits seit dem Mittelalter vollzogen. Die *Magna Charta libertatum* von 1215, die eine Bindung des Königs an das Recht vorschrieb, war hier zum Ausgangspunkt der englischen Parlaments- und Verfassungsentwicklung geworden, bei der die Krone in jahrhundertelangen Auseinandersetzungen zur Abgabe von Mitwirkungsrechten an das Parlament gezwungen wurde. Wichtige Stationen waren die Verabschiedung der *Habeas Corpus Act* durch das Parlament 1679, die willkürliche Verhaftungen untersagte und die persönliche Freiheit schützte, sowie die „Glorious Revolution“ von 1688 mit der Verkündung der *Bill of Rights* – des englischen „Staatsgrundgesetzes“ – 1689. Zwar erlangte das Parlament bei dieser Entwicklung noch keine völlige Souveränität, eine „Demokratisierung“ des Staates wurde zunächst nicht erreicht. Aber der königliche Absolutismus wurde entscheidend eingeschränkt. Der Monarch durfte seine Macht nur mehr im Rahmen der Verfassung ausüben und mußte sie überdies mit dem Parlament teilen. Weder 1789 noch 1848 war deshalb ein Übergreifen der Revolution vom Kontinent auf die Insel nötig. In Großbritannien vollzog sich die Demokratisierung auf dem Wege der Reform: als Kampf um größere Mitwirkungsrechte des Parlaments und die Durchsetzung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts. Rußland andererseits, wo die ökonomischen und sozialen Bedingungen für einen politischen Wandel nicht gegeben waren, blieb aus gegenteiligen Gründen von der Revolution verschont: Die Herausbildung eines starken Bürgertums, das in Nordamerika und Westeuropa zum Träger pluralistischer Gesellschaften und demokratischer Staatsordnungen wurde, fand hier nicht statt – ein Mangel, der auch langfristig ein wesentliches Defizit bei der Begründung einer demokratischen politischen Kultur darstellte.

Deutschland hingegen, nach dem Wiener Kongreß von 1815 politisch und wirtschaftlich weiterhin zersplittert, im Rahmen des locker strukturierten „Deutschen Bundes“ in 39 souveräne Einzelstaaten aufgeteilt und weitgehend monarchisch restauriert, wurde von den revolutionären Erhebungen, die im Januar 1848 in Palermo und Neapel mit Verfassungsforderungen der Liberalen begannen und im Februar 1848 auf Frankreich übergriffen, ebenso erfaßt wie die meisten anderen europäischen Monarchien. Der Widerstand der Fürsten war dabei zunächst gering. In den Mittelstaaten des Deutschen Bundes – also außerhalb der beiden Großmächte Österreich und Preußen – leisteten sie so gut wie keinen Widerstand, sondern zogen es

vor, Politiker der liberalen und nationalen Opposition („Märzminister“) in die Regierungen zu berufen, um den revolutionären Forderungen die Schärfe zu nehmen und einem Zusammenbruch ihrer monarchischen Herrschaft zu beugen. Allerdings konnten sie nicht verhindern, daß Führer der Opposition sich am 5. März 1848 in Heidelberg versammelten und dort über die Einberufung eines „Vorparlaments“ nach Frankfurt am Main – dem Sitz der Bundesversammlung – berieten, das ein „Deutsches Parlament“ vorbereiten sollte. Zugleich spitzte sich die Lage in Preußen und Österreich zu. In Berlin kam es zu schweren Kämpfen zwischen Aufständischen und dem Militär. In Wien wurde Klemens Wenzel Fürst von Metternich, der Schöpfer der europäischen Ordnung von 1815 und seither eine Symbolfigur reaktionärer Politik, gestürzt und zur Flucht ins Ausland gezwungen.

Den meisten Revolutionären in Deutschland ging es 1848/49 um die Verwirklichung von Einheit und Freiheit auf dem Wege der Konstitutionalisierung und Parlamentarisierung nach britischem Vorbild, das heißt um die Einführung einer konstitutionellen Monarchie. Zwar gab es einzelne, wie Gustav von Struve und Friedrich Hecker, denen ein parlamentarisches System im Rahmen einer „föderativen Bundesverfassung nach dem Muster der nordamerikanischen Freistaaten“, also eine Republik, vorschwebte. Aber die große Mehrheit der Delegierten, die ab dem 31. März 1848 im Frankfurter Vorparlament und ab 18. Mai in der verfassunggebenden Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche über die Zukunft Deutschlands berieten, plädierte für die Beibehaltung der Monarchie in einem geeinten Deutschland, allerdings mit dem Zusatz einer freiheitlichen Verfassung. Nach westeuropäischem Vorbild, doch ohne die eruptiven Begleiterscheinungen der französischen Revolutionen seit 1789, wollte man Deutschland zu einem modernen Verfassungsstaat entwickeln und zugleich die Frage der deutschen Einheit lösen.

Dieser Versuch, der vielleicht geeignet gewesen wäre, den Weg zu einer schrittweisen, evolutionären Parlamentarisierung und Demokratisierung Deutschlands zu ebnen, scheiterte indessen an der Wiederherstellung der königlichen Macht in Preußen. Da es der im Mai 1848 durch allgemeines Stimmrecht der Männer gewählten Nationalversammlung in Berlin nicht gelang, sich die Kontrolle über die Armee und Polizei zu sichern, war ihr Erfolg von vornherein ungewiß. Auch nach einem erneuten, plötzlichen Ausbruch von Gewalt am 14. Juni 1848 in der preußischen Hauptstadt erkannten die Mitglieder der Nationalversammlung noch immer nicht den Ernst der Lage. Während die Bevölkerung – besonders das verängstigte Bürgertum – nach Ruhe und Ordnung verlangte, verschwendeten Liberale und Republikaner bei den Beratungen über eine Verfassung in endlosen Debatten wertvolle Zeit, anstatt rasch und entschlossen zu handeln. Damit spielten sie ungewollt den Anhängern der Monarchie in die Hände. Die Truppen, die im März 1848 auf Anordnung König Friedrich Wilhelms IV. ihre Kasernen in Berlin räumen mußten, kehrten im November dorthin zurück, während zugleich die Sitzungen der Nationalversammlung bis zur Verlegung an einen anderen Ort außerhalb der Hauptstadt suspendiert wurden. Zwar gewährte der eigenwillige, psychisch labile und politisch

unberechenbare Monarch – zum Unwillen seiner konservativen Berater – Ende 1848 durch königlichen Erlaß eine eigene, 1850 noch einmal revidierte Verfassung, die den Untertanen gewisse Freiheiten und dem Land eine Zweikammer-Legislative bescherte. Doch die Tatsache, daß die Legislative nur einmal im Jahr zusammentreten sollte, sowie ein kompliziertes Dreiklassenwahlrecht, das die Vorherrschaft des Adels und der wohlhabenden Schichten sicherte und in seinen Grundzügen bis 1918 bestehen blieb, trugen mehr dazu bei, eine wirkliche Parlamentarisierung Preußens zu verhindern, als diese zu fördern.

Auch in Österreich, wo sogar der Kaiser selbst mehrfach – im Mai und im August sowie ein drittes Mal im Oktober 1848 – gezwungen war, seine Hauptstadt zu verlassen, um sich vor der Revolution in Sicherheit zu bringen, sollte sich die Armee als entscheidender Faktor bei der Rettung der Monarchie erweisen. Im habsburgischen Vielvölkerstaat, der nur mit einigen Teilen seines Territoriums, vor allem Österreich, Böhmen und Mähren, dem Deutschen Bund angehörte, verbanden sich die Forderungen nach Liberalisierung und verfassungsmäßig garantierten Rechten allerdings mit Autonomiebestrebungen und Separatismusvorstellungen der zahlreichen Nationalitäten, vor allem der Ungarn und Italiener. Hier drohte also nicht nur eine Demokratisierung, sondern die Sprengung des Reiches im Zeichen eines neuen Nationalismus. Da die Armee die März-Ereignisse völlig intakt überstanden hatte, war sie jedoch im Sommer und Herbst 1848, zum Teil mit russischer Waffenhilfe, in der Lage, die Aufstände in den verschiedenen Teilen des Reiches in rascher Folge niederzuwerfen: Prag kapitulierte am 17. Juni, die Lombardei nach Überwältigung der piemontesischen Truppen im Juli, danach auch die Toskana und Venetien. Der dritte Aufstand in Wien, der den Hof und die Regierung am 7. Oktober erneut zur Flucht aus der Stadt zwang, wurde nach einwöchiger Belagerung, zweitägigem Sperrfeuer der Artillerie und einem Angriff der Reiterei und Infanterie am 30. Oktober durch die Truppen unter Feldmarschall Windischgraetz blutig beendet. Dessen Schwager, Felix Fürst zu Schwarzenberg, bildete danach als Ministerpräsident eine reformfeindliche Regierung und drängte auf die Abdankung des unfähigen und überforderten Kaisers Ferdinand zugunsten seines Neffen Franz Joseph. Vor allem die Ungarn mußten damit ihre Hoffnungen auf die Gründung eines eigenen nationalen Staates unter der Stefanskrone einstweilen begraben. Aber auch die anderen Nationalitäten innerhalb des habsburgischen Staatsverbandes erzielten keinerlei Fortschritte bei ihren Bemühungen um Autonomie oder Selbständigkeit. Die Thronbesteigung Franz Josephs, der bis zu seinem Tode 1916 herrschte und zunächst ganz von der Vormundschaft Schwarzenbergs sowie vom Militär und der Bürokratie abhing, markierte damit in Österreich eine ähnliche Zäsur wie die Wiederherstellung der Machtposition König Friedrich Wilhelms IV. in Preußen.

Etwa zur gleichen Zeit wurde auch die Nationalbewegung in Polen von russischen Streitkräften zerschlagen. Die Institutionen, die im Vormärz zur Wahrung einer gesamtpolnischen Identität beigetragen hatten, wurden be-

seitigt. Polen sah sich nach 1849 einer, wie Wolfgang J. Mommsen es nannte, „repressiven Herrschaft der Teilungsmächte“ praktisch schutzlos ausgeliefert. In Italien bedeutete bereits die Rückeroberung Mailands durch österreichische Truppen unter Feldmarschall Radetzky im Juli 1848 den Anfang vom Ende der Revolution. Sardinien-Piemont, das seit dem Frühjahr im Kampf gegen die österreichische Fremdherrschaft die Führung übernommen hatte, wurde zum Waffenstillstand gezwungen; Venedig sowie die Herzogtümer Parma und Modena, die sich zuvor ebenso wie die Toskana, Neapel und der Kirchenstaat der nationalen Einheitsfront angeschlossen hatten, fielen wieder an Österreich. Und die Römische Republik, die sich auf dem Gebiet des Kirchenstaates gebildet und am 8. Februar 1849 die weltliche Herrschaft des Papstes für beendet erklärt hatte, wurde nach einem Appell des Papstes an die Großmächte durch den Einmarsch österreichischer Truppen und eines französischen Expeditionskorps auf militärischem Wege wieder beseitigt.

In Frankreich schließlich, wo die Februarereignisse – nach den vorangegangenen Verfassungsforderungen der Liberalen am 12. Januar 1848 in Palermo und Neapel – das eigentliche Signal für die europäischen Aufstände vom März gesetzt hatten, wirkte sich besonders der innere Konflikt zwischen Radikalen und Gemäßigten auf das Schicksal der Revolution aus. Bereits die allgemeinen und gleichen Wahlen vom 23. April 1848 erbrachten eine deutliche Mehrheit für die Gemäßigten und ließen – ähnlich wie in Preußen – eine verbreitete Furcht der Bevölkerung vor einem sozialen Umsturz erkennen. Die proletarischen bzw. radikalsozialistischen Elemente der Revolution sahen sich dadurch um die Früchte ihres Sieges gebracht, den sie im Februar errungen hatten. Der Konflikt entzündete sich an der Schließung der sogenannten „Nationalwerkstätten“, die am 25. Februar eingerichtet worden waren, um das Recht auf Arbeit zu verwirklichen. Da sich die Werkstätten schon bald als unproduktiv und kostspielig erwiesen, ordnete ein Exekutiv-ausschuß der Nationalversammlung am 24. Mai ihre Auflösung an. Die jüngeren Arbeiter sollten für die Armee rekrutiert werden, die anderen eine Arbeit in der Privatindustrie annehmen oder aufs Land zurückkehren, falls sie von dorthier stammten. Natürlich ging es den bürgerlichen Kräften in Wirklichkeit vor allem darum, mit den Nationalwerkstätten zugleich mögliche Brutstätten der Revolution zu beseitigen.

Am 23. Juni 1848, dem Stichtag für die Aushebung der Rekruten in den Werkstätten, kam es an der Place de la Bastille erneut zur Errichtung von Barrikaden. Zwar wurden die Unruhen von der unverzüglich mobilisierten Nationalgarde unter Führung des neuen Kriegsministers Cavaignac in mehrtägigen Straßenschlachten blutig niedergeschlagen, so daß für die Herrschaft des Bürgertums keine unmittelbare Gefahr mehr bestand. Aber auch in Frankreich nahm das Bedürfnis nach Ruhe und Ordnung unter der Bevölkerung nun immer weiter zu. Die am 4. November 1848 angenommene Verfassung der Zweiten Republik sah deshalb eine starke Zentralgewalt mit einem vom Volk für vier Jahre direkt gewählten Präsidenten – ohne Möglichkeit der Wiederwahl – vor, dem die gesamte Exekutive unterstellt wurde. Zugleich wurden wichtige liberale und demokratische Ziele, wie die

Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts und der Koalitions- und Pressefreiheit, verwirklicht. Zentrale Forderungen der Arbeiterschaft, wie das am 25. Februar 1848 proklamierte Recht auf Arbeit, blieben jedoch unberücksichtigt. Nicht das Proletariat, sondern das besitzende Bürgertum ging aus dem Revolutionsjahr als Sieger hervor.

Zu den Nutznießern der Juni-Unruhen und der neuen Verfassung gehörte indessen neben dem Bürgertum auch Louis Napoleon Bonaparte, ein Neffe des Kaisers Napoleon, der bereits 1836 und 1840 mit ebenso dilettantischen wie erfolglosen Putschversuchen für Aufsehen gesorgt hatte und im Juni 1848 in die Nationalversammlung gewählt worden war. Aus der Position eines Abgeordneten heraus kandidierte er im Dezember 1848 für das Amt des Staatsoberhauptes und konnte sich dabei mit 5,4 Millionen Stimmen gegenüber 1,4 Millionen für Cavaignac und nur 17 910 für den früheren Außenminister und Dichter Alphonse Lamartine überraschend deutlich durchsetzen. Die Höhe seines Sieges und seine wachsende Popularität bei der Bevölkerung ermutigten Louis Napoleon schließlich, eine Fortsetzung seiner Präsidentschaft über die vierjährige Amtszeit hinaus anzustreben. Da eine Wiederwahl durch die Verfassung ausgeschlossen war und die Nationalversammlung eine Verfassungsänderung in seinem Sinne ablehnte, löste Louis Napoleon im Dezember 1851 das Parlament kurzerhand auf und erließ am 14. Januar 1852 eine neue Verfassung, die sich eng an die napoleonische Konsularverfassung von 1799 anlehnte. Die Minister, der Staatsrat und der Senat waren nun unmittelbar vom Präsidenten abhängig. Dieser Schritt, der faktisch einem Staatsstreich gleichkam, wurde jedoch vom Volk in einem Plebiszit wiederum mit siebeneinhalb Millionen gegen 647 000 Stimmen gebilligt, so daß Louis Napoleon es wagen konnte, sich am 2. Dezember 1852 als Napoleon III. zum Kaiser der Franzosen zu krönen. Die Revolution, die im Februar 1848 das Regime des „Bürgerkönigs“ Louis Philippe gestürzt hatte, war Wegbereiter einer Erneuerung des Kaisertums geworden. An die Stelle der Zweiten Republik trat das „Zweite Kaiserreich“.

Im Deutschen Bund ließ die Regeneration der monarchischen Gewalt in Österreich und Preußen ebenfalls keine demokratische Entwicklung mehr zu. Die Politik Schwarzenbergs in Österreich, die auf die Konsolidierung des Habsburgerreiches abzielte, beseitigte zudem letzte Hoffnungen auf eine gemeinsame österreichisch-preußische Lösung des Problems der deutschen Einigung. Die von der Paulskirche am 28. März 1849 verabschiedete Verfassung sah deshalb eine „kleindeutsche Lösung“ vor, bei der ein deutscher Fürst als erblicher „Kaiser der Deutschen“ dem Reichstag aus Staatenhaus und Volkshaus gegenüberstehen sollte. Ein umfangreicher Katalog von Grundrechten zur Sicherung der individuellen Freiheit und die Abschaffung des Adels mit seinen Privilegien sollte gleichzeitig „den Verfassungen der deutschen Einzelstaaten zur Norm dienen“ (§ 130). Nicht weniger als 28 deutsche Staaten stimmten diesem Verfassungsentwurf zu, ehe der preußische König Friedrich Wilhelm IV. mit seiner Ablehnung der Kaiserkrone am 28. April 1849 alle Bemühungen zunichte machte, die Revolution in staatliche Integration und eine liberale Verfassungsentwicklung überzuleiten.

Eine „Reichsverfassungskampagne“ und eine zweite Protest- und Aufstandsbewegung in Dresden und Breslau sowie am Niederrhein und in Westfalen, vor allem jedoch in der bayerischen Rheinpfalz und in Baden seit Anfang Mai 1849 blieben erfolglos. An der Niederschlagung des Aufstandes in Dresden, wo der sächsische König zur Flucht gezwungen wurde, waren maßgeblich preußische Truppen beteiligt; mehr als 250 Menschen kamen hier ums Leben. Innerhalb Preußens wurde unter anderem in Düsseldorf, Elberfeld und Solingen gekämpft, allein in Iserlohn waren über hundert Tote zu beklagen. Im Südwesten Deutschlands wurden nicht nur einzelne Orte, sondern ganze Provinzen beziehungsweise Staaten von der Erhebung erfaßt: In der Pfalz proklamierten Volks- und Vaterlandsvereine eine unabhängige Republik und veranlaßten die Bildung einer provisorischen Regierung. In Baden war der Protest gegen den „Hochverrat der Fürsten an Volk und Vaterland“, wie es in der Erklärung der Offenburger Volksversammlung vom 13. Mai 1849 hieß, mit einem erfolgreichen Soldatenaufstand verbunden, so daß die dort nach der Flucht des Großherzogs gebildete provisorische Regierung auch über reguläre Truppen verfügte. Wie im Mai in Sachsen und im Juni in der Rheinpfalz, so waren es auch in Baden letztlich preußische Truppen – diesmal gleich zwei Armeekorps unter dem Oberbefehl des Prinzen Wilhelm –, die im Juli den entscheidenden Schlag gegen die Revolution führten. Die letzten 6 000 Aufständischen kapitulierten am 23. Juli 1849 in der Festung Rastatt. Mit den folgenden standrechtlichen Erschießungen, Verhaftungen und Prozessen war die Revolution in Deutschland endgültig beendet. Die von den österreichischen, preußischen und „erbkaiserlichen“ Delegierten nach der Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. verlassene Paulskirchen-Versammlung, die als „Rumpfparlament“ am 31. Mai nach Stuttgart verlegt worden war, um ihrer polizeilichen Auflösung in Frankfurt zu entgehen, hatte dort nach einem Ausweisungsschreiben des württembergischen Innenministers Friedrich Römer vom 17. Juni 1849 ihre Arbeit inzwischen ebenfalls eingestellt. Sie war offensichtlich sinnlos geworden.

Die Entwicklung freiheitlicher Ordnungen war damit in großen Teilen Europas gebremst. Die bürgerlichen Kräfte hatten es nicht verstanden, die sozialrevolutionären Massenströmungen und konservativen Herrschaftseliten gegeneinander auszubalancieren, und waren in ihrer instinktiven Abneigung gegen anarchische und gewaltsame Elemente der Revolution in die Arme ordnungsstiftender Institutionen der Monarchie und des Militärs zurückgekehrt. Zwar wurden nicht alle Errungenschaften der Revolution rückgängig gemacht; die Ideen des Parlamentarismus und des Konstitutionalismus zählten fortan zu den Kernelementen des europäischen Staatsverständnisses. Aber besonders in Mitteleuropa, wo sich – in den Worten von Wolfgang J. Mommsen – erneut ein „obrigkeitlich-bürokratisches Regiment“ ausbreitete, das alle freiheitlichen Bestrebungen erstickte oder in den Untergrund verdrängte, setzte sich in bürgerlich-konservativen Kreisen das „Trauma“ von 1848 in den Köpfen fest und bewirkte in der Rückbesinnung auf „halbabsolutistische Formen der Herrschaftsausübung“ eine politische Erstarrung, die für lange Zeit einen pragmatischen Wandel unmöglich machte.

„Wenn eine Revolution verunglückt“, notierte Friedrich Hebbel dazu prophetisch in seinen *Tagebüchern*, „so verunglückt ein ganzes Jahrhundert.“ Tatsächlich sollte zumindest der deutsche „Sonderweg“ – die tragische Entkoppelung der deutschen und westeuropäischen Entwicklung, die mit dem Scheitern der Revolution von 1848 begann – erst 1945 zu Ende gehen, als die Europa-Idee über die alten Gräben des Nationalismus hinweg neue Perspektiven der Integration eröffnete.

b) Das Zweite Kaiserreich in Frankreich

Der Staatsstreich, mit dem Louis Napoleon in der Nacht vom 1. auf den 2. Dezember 1851 in Frankreich die Nationalversammlung auflöste und das Volk zur Abstimmung über eine neue Verfassung aufrief, die eine Rückkehr zum Konsulatsmodell seines Onkels bedeutete, hat Zeitgenossen und spätere Historiker dazu verleitet, den Neffen des großen Napoleon Bonaparte als „Prototyp des modernen totalitären Herrschers“ zu beschreiben. Victor Hugo nannte ihn in seiner Schilderung des Staatsstreichs gar einen „wilden Banditen“. In Wirklichkeit beruhte die Herrschaft Napoleons III. auf einer „eigentümlichen Verbindung diktatorischer und plebiszitärer Elemente“ – einem „demokratischen Cäsarismus“, der mindestens so sehr in der Person Louis Napoleons wie in dem von ihm begründeten politischen System wurzelte.

Tatsächlich vereinigte Napoleon III. nach der neuen Verfassung einerseits alle exekutive Gewalt auf seine Person und entmündigte die aus allgemeinen Wahlen hervorgehende Volksvertretung – das *Corps législatif* –, indem er ihr nicht nur das Recht zur Gesetzesinitiative nahm, sondern auch ihre Verhandlungen hinter geschlossenen Türen stattfinden ließ. Andererseits herrschte er auf der Grundlage großer Mehrheiten, die er bei seiner Wahl zum Präsidenten, den Abstimmungen nach dem Staatsstreich und dem Plebiszit vom 2. Dezember 1852 über „die Wiederherstellung der kaiserlichen Würde“ erhielt. Napoleon III. konnte sich also mit gutem Grund als Exponenten der Nation und Repräsentanten des Volkes ausgeben. In einer Proklamation hatte er dazu bereits am 2. Dezember 1851 erklärt, es sei seine Pflicht, „das Land zu retten, indem ich das feierliche Urteil des einzigen Herrn, den ich in Frankreich anerkenne, des Volkes, anrufe“. Wörtlich fuhr er dann fort:

„Ich berufe mich daher offenherzig auf die ganze Nation und sage Euch: Wenn Ihr diesen Zustand des Siechtums, der uns entwürdigt und unsre Zukunft gefährdet, dauern lassen wollt, so wählt einen andern an meinen Platz; denn ich will nichts mehr wissen von einer Macht, die unfähig ist, das Gute zu tun, die mich verantwortlich macht für Handlungen, die ich nicht hindern kann, und mich ans Steuer bindet, während ich das Schiff dem Abgrund zutreiben sehe. Habt Ihr dagegen noch Vertrauen zu mir, so gebt mir auch die Mittel zur Ausführung der großen Sendung, mit der Ihr mich betraut habt. Diese Aufgabe besteht darin, das Zeitalter der Revolution zu schließen, indem die gerechten Bedürfnisse des Volkes befriedigt und gegen die umstürzlerischen Leidenschaften geschützt werden. Sie besteht namentlich in der Schaffung von Einrichtungen, die die Menschen überleben und endlich Grundlagen sein sollen, auf denen sich etwas Dauerndes errichten läßt.“

Napoleon III. appellierte also an die Bedürfnisse der Bevölkerung nach Ruhe und Sicherheit. Zumindest bei den bürgerlichen und bäuerlichen Schichten, die sich durch die Revolution von 1848 in Gefahr gesehen hatten, fand er dabei weithin Gehör. Als Mann der Gegenrevolution wurde er zudem von zahlreichen Katholiken unterstützt, deren Wünschen er bereits 1850 durch den *Loi Falloux* entsprochen hatte, mit dem der Kirche ein Teil der Unterrichtsfreiheit zurückgegeben worden war. Die staatliche Förderung von Kranken- und Unterstützungskassen sowie die Verwendung des 1852 beschlagnahmten Vermögens des Hauses Orléans für den Bau von Arbeiterwohnungen und andere Sozialleistungen sollten dazu verhelfen, die Arbeiterschaft für sich zu gewinnen, die 1848 die Hauptlast der Kämpfe getragen hatte und deshalb zunächst in großer Distanz zu seinem Regime stand.

So entstand eine Herrschaftsform, die zwar auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und ihrer verschiedenen Schichten einging, aber dennoch ganz auf die autoritären Herrschaftsvorstellungen des neuen Kaisers zugeschnitten war. Nicht nur bei der Zusammensetzung der Zentralregierung, sondern auch bei der Ernennung der Präfekten in den Departements und sogar bei der Auswahl der Bürgermeister wichtiger Kommunen wurde streng darauf geachtet, daß sie die Politik Napoleons befolgten. In den fünfziger Jahren, als nur wenige Anzeichen von Unzufriedenheit zutage traten, blieb dieses System im wesentlichen unverändert. Erst als im Mittelstand und beim Klerus ein Stimmungswandel einsetzte, der dem Regime hätte gefährlich werden können – Bürgertum und Industrie waren besorgt über den Abbau der Schutzzölle nach dem Handelsvertrag mit Großbritannien 1860, die Katholiken waren unzufrieden mit der Italienpolitik Napoleons, von der eine Bedrohung der Stellung des Papstes auszugehen schien –, gestand ein Erlaß vom 24. November 1860 sowohl dem *Corps législatif* als auch dem Senat das Recht zur Erwidern auf die Thronrede und damit die Möglichkeit zu einer jährlichen Debatte über die Lage der Nation zu.

Tatsächlich begann nun eine allmähliche Liberalisierung, die sich zunächst vor allem in einer Lockerung der Restriktionen bemerkbar machte, die der Presse auferlegt waren: Parlamentsdebatten durften veröffentlicht werden, Überwachung und Einschüchterung der Journalisten wurden reduziert, Presse- und Versammlungsfreiheit gesetzlich bestätigt. Der *Corps législatif* erhielt größere Befugnisse bei der Verabschiedung des Budgets, Gewerkschaften und sogar Streiks wurden legalisiert, umfassende Erziehungsreformen eingeleitet. Und als schließlich im Januar 1870 Émile Olivier, einer der republikanischen Oppositionsführer seit 1857, aufgefordert wurde, ein – mit Ausnahme der Heeres- und Marinemitglieder – vom Kaiser unabhängiges Kabinett zu bilden, schien eine neue Epoche der echten parlamentarischen Regierung anzubrechen: ein *Empire Libéral*, in dem das bis dahin autoritäre Regime sich zu einer parlamentarischen Monarchie wandeln sollte. Napoleon III. konnte es deshalb im Mai 1870 riskieren, das französische Volk in einem weiteren großen Plebiszit zu einer Stimmabgabe über die seit 1860 durchgeführten Reformen zu bitten, ohne Gefahr zu laufen, sich bei der Volksbefragung eine Niederlage einzuhandeln. Tatsächlich wurde seine Politik – 21 Jahre nach seinem Machtantritt – mit 7,3

Europa nach der Revolution

Millionen Stimmen bei 1,5 Millionen Gegenstimmen erneut eindrucksvoll bestätigt. Implizit war damit auch die Zustimmung zum Verbleib Napoleons auf dem Thron verbunden. Seine Macht schien dauerhaft gesichert.

Grundstein dieses Erfolges war eine Wirtschaftspolitik, die Frankreich binnen weniger Jahre einen beachtlichen Aufschwung bescherte. Staatliche Förderung der Industrie, die Expansion des Eisenbahnnetzes, eine Ausweitung des Handels sowie die Unterstützung der Landwirtschaft und die Einleitung eines expansiven Programms für öffentliche Arbeiten, besonders jedoch die Ausweitung des Kreditwesens mit der Ausgabe von Staatsanleihen und der Gründung halbstaatlicher Banken – wie der *Crédit mobilier* und der *Crédit foncier de Paris* – bewirkten eine beschleunigte Industrialisierung und Modernisierung, die Frankreich zu neuem Wohlstand verhalfen. Vor allem die Großbourgeoisie, deren Privatvermögen sich von 1851 bis 1870 praktisch verdoppelte, verbuchte einen rasanten materiellen Zugewinn. Paris wurde zum wichtigsten Börsenplatz auf dem Kontinent. Am Beginn dieser Entwicklung, in einer berühmten Rede in Bordeaux am 9. Oktober 1852, bemerkte Louis Napoleon dazu programmatisch: „Wir haben ungeheure Strecken unbauten Bodens urbar zu machen, Wege zu bahnen, Häfen anzulegen, Flüsse schiffbar zu machen, Kanäle zu vollenden, unser Eisenbahnnetz auszubauen... So würde ich das Kaiserreich auffassen, wenn das Kaiserreich wiederhergestellt werden sollte. Das sind Eroberungen, die ich zu machen gedenke, und Sie alle, die mich umgeben, die wie ich das Wohl unseres Vaterlandes wollen, Sie sind meine Soldaten!“

Im Jahr darauf beauftragte Napoleon den neu ernannten Präfekten von Paris, Georges Eugène Baron Haussmann, die französische Metropole von Grund auf umzugestalten. Die engen winkligen, oft verschmutzten Gassen der mittelalterlichen Innenstadt, die einen idealen Nährboden für Epidemien und Kriminalität bildeten, aber auch gute Gelegenheiten zum Barrikadenbau boten, wichen in der Amtszeit Haussmanns von 1853 bis 1870 breiten Boulevards und großen Plätzen, von denen die neuen Straßen strahlenförmig abzweigten. Hinzu kamen Bahnhöfe, Banken und ein Zentralmarkt (*Les Halles*) sowie eine moderne Wasserversorgung, ein Abwassersystem, mehrere innerstädtische Erholungsparks und ein neues Opernhaus. Die wirtschaftliche Blüte des Landes fand in der Hauptstadt, deren Bevölkerung von 1,2 Millionen 1848 auf fast 2 Millionen 1870 stieg, ihren sichtbarsten Ausdruck – nicht nur in Architektur und Stadtplanung, sondern auch in Literatur, Musik und Kunst. Die Atmosphäre der Reaktion, die Victor Hugos Exil auf der Insel Jersey und die Anklage gegen Gustave Flaubert wegen der Veröffentlichung von *Madame Bovary* 1857 erkennen ließ, war in Frankreich ebenso zu beobachten wie in anderen europäischen Ländern. Sie führte hier aber nicht zu nennenswerter Verfolgung und schon gar nicht zu systematischer Repression.

c) Die Reaktion in Preußen

In Deutschland wurde dagegen nach 1849 zunächst beinahe überall eine konservative Stabilisierungspolitik betrieben, um die revolutionären Bestre-